

26.02.2017

Inhalt:

Verbrennung von Teerholz	S. 01	Besuch bei der Papenburger Polizei	S. 02
Vertrag mit PROKON nicht ändern!	S. 01	Abschaffung der Sporthallennutzungsgebühr	S. 03
Finanzierung des Hafens	S. 02	Wirtschaftlichkeit des Theaters	S. 04

August 2007

Teerholz-Verbrennung: Warten auf Ergebnisse

UMWELT 600 Tonnen Bahnschwellen im Testbetrieb verfeuert / Sozialdemokraten warnen unterdessen vor Dioxin-Gefahr

Das umstrittene Projekt im Prokon-Heizkraftwerk in Papenburg hatte Proteste von Bürgern aus dem südlichen Westoverledingen provoziert.

VON FELIX WEIPER

WESTOVERLEDINGEN/PAPENBURG - Wahrscheinlich im September wird die Firma Prokon genaue Ergebnisse der Testverbrennung von Bahnschwellen in ihrem Papenburger Heizkraftwerk vorlegen. Das sagte der Leiter des Heizkraftwerkes, Andre Hamers. Wie berichtet, hatte Prokon probeweise mit Teeröl imprägniertes Holz verfeuert – insgesamt waren es 600 Tonnen. Der mehrtägige Testbetrieb, der im Juli endgültig beendet wurde und für Proteste der Bevölkerung im südlichen Westoverledingen gesorgt hatte, war von Messungen des TÜV begleitet worden.

Wie Klemens Kampshoff vom Gewerbeaufsichtsamt Emden erklärte, kann eine weitere Verbrennung belasteter Hölzer im Prokon-Kraftwerk nur dann genehmigt werden, wenn die Messungen ergeben haben, dass eine zusätzliche Belastung der Umwelt ausgeschlossen ist. Auch die Gemeindeverwaltung Westoverledingen wartet darauf, dass Prokon die Ergebnisse vorlegt, wie Pressesprecher Theo Douwes sagte.

Unterdessen hat die Papenburger SPD die Diskussion um die Teerholz-Verbrennung neu entfacht. Das belastete Material lagert neben dem Prokon-Werk auf dem



Bürgerprotest im März dieses Jahres in Völlen. Die Bewohner in den südlichen Teilen Westoverledingens sind besorgt, weil sie eine zunehmende Umweltbelastung befürchten. BILD: ARCHIV

Gelände der Firma Biro. Sollte es hier zu einem Brand kommen, sei eine erhebliche Dioxin-Belastung der Umgebung nicht ausgeschlossen, betont der Fraktionsvorsitzende Peter Raske in einer Mitteilung an den GA. Gleichzeitig übt Raske Kritik an der Informationspolitik von Biro.

Demnach gibt es Streit um ein Brandschutzgutachten. Raske äußert Zweifel daran, dass die Papenburger Feuerwehr die Möglichkeit habe, einen Brand bei Biro mit geeigneten Mitteln zu bekämpfen.

Nach Bürgerbeschwerden in Papenburg und Westoverledingen über Geruchs-, Lärm-

und Staubbelastungen, die ihre Ursache im Papenburger Nordhafen haben, hat das Gewerbeaufsichtsamt Emden Messungen veranlasst. Diese lassen auch Prognosen für das südliche Westoverledingen zu, versichert Klemens Kampshoff. Die Gewerbeaufsicht sei zu dem Ergebnis ge-

kommen, dass weder in Papenburg, noch in Westoverledingen die zulässigen Grenzwerte für Lärm- und Geruchsbelastungen überschritten werden. Derzeit nimmt die Gewerbeaufsicht noch Staubmessungen bei Biro vor. Diese seien aber für die Ortschaften des südlichen Westoverledin-

Verbrennung von Bahnschwellen

Die Firma Prokon hatte in ihrem Papenburger Heizkraftwerk am 23. April probeweise mit der Verbrennung von Bahnschwellen, die mit Teeröl imprägniert sind, begonnen. Bei dem zu nächst über drei Wochen angelegten Testbetrieb sollten 2500 Tonnen der belasteten Hölzer verfeuert werden.

Nach wenigen Tagen kam es zu einer Panne im Heizkraftwerk. Prokon musste das Projekt unterbrechen. Ein Rauchgas-Rohr war geplatzt.

Im Juli nahm Prokon den Testbetrieb für wenige Tage wieder auf. Begleitende Messungen sollten zeigen, ob die Bahnschwellen-Verbrennung zu zusätzlichen Belastungen führt. Die Ergebnisse liegen noch nicht vor.

gen nicht relevant, erklärt Kampshoff. Andre Hamers, der auch Geschäftsführer von Biro ist, weist daraufhin, dass die Firma in der jüngeren Vergangenheit viel investiert habe, um Lärm und Staubentwicklung zu reduzieren. „Die Grenzwerte unterschreiten wir erheblich“, so Hamers.

General Anzeiger 22.08.2007

Vertrag mit PROKON nicht ändern!

PROKON versprach vor dem Bau des Heizkraftwerks, keine hochbelasteten Abfallstoffe zu verbrennen. In einem Vertrag mit der Stadt Papenburg wurde in „einer Anlage 2“ festgehalten, dass bestimmte Stoffe im Biomasseheizkraftwerk nicht verbrannt werden. Damit sollte die Verbrennung von hoch belasteten Schadstoffen ausgeschlossen werden. Außerdem sollte kein Hühnermist nach Papenburg transportiert werden, um hier verbrannt zu werden.

Die SPD forderte, dass dieser Vertrag weiter bestehen bliebe, Es bestände keine Notwendigkeit, ihn zu ändern. Mit ihrer niedrigen Verbrennungstemperatur und der einfachen Filteranlage war das Biomasseheizkraftwerk nicht auf den neuesten Stand der Technik. Bei einer Verbrennung von Bahnschwellen befürchtete die SPD-Fraktion eine Gefährdung der Bevölkerung.

Eine frische Bahnschwelle enthält ca. 15 kg Teeröle. In ca. 25 Jahren werden davon 5 kg an die Umwelt abgegeben. Der Restgehalt von 10 kg Steinteeröle enthalte krebsauslösende polycyclische aromatische Kohlenwasserstoffe (PAH) sowie toxisches Benzo(a)-pyren. Gemäß Chemikalienverbotsverordnung (Chem V) waren die Holzschwellen der DB AG als besonders überwachungsbedürftiger Abfall einzustufen und einer thermischen Verwertung (Verbrennung) in einer Sondermüllverbrennungsanlage zuzuführen.

Nachdem der Verwaltungsausschuss mehrheitlich einer Erprobung der Verbrennung von Bahnschwellen im Biomasseheizkraftwerk zustimmte, änderte PROKON plötzlich die Laufzeit der Testphase von 3 Monaten auf 3 Wochen. Die SPD war besorgt, was diese Veränderung zu bedeuten habe. Waren mit dieser Verkürzung der Erprobungsphase überhaupt ausreichend gesicherte Ergebnisse gewährleistet?

26.02.2017

Sie forderte PROKON auf, die Messreihen ausführlich öffentlich zu erläutern. Zwar sollten die Ratsmitglieder am 11.09.07 über die Ergebnisse des Probetriebs informiert werden, aber für diese Veranstaltung war keine weitere

Öffentlichkeit vorgesehen. Um sich ein unabhängiges Bild machen zu können, forderte die SPD-Fraktion die Anwesenheit eines Sachverständigen ihrer Wahl bei dieser Veranstaltung.

Bund, Land und Kreis müssen ins Boot bei Finanzierung des Hafens

Die SPD-Fraktion zeigte sich zufrieden über Bemühungen des Bürgermeisters, nach Lösungen für die Zukunft des Papenburger Hafens beim 17. Niedersächsischen Hafentag zu suchen, der in diesem Jahr in Papenburg stattfand. Gleichzeitig begrüßte sie, dass die Verwaltung eine Zusammenstellung der notwendigen Baumaßnahmen vornahm, die für die Zukunft des Hafens notwendig waren.

Sie begrüßte Diskussionen in der Verwaltung, die Bedeutung des Hafens in der Verwaltung deutlicher hervorzuheben und das Hafenamts in seiner Position und personell zu stärken.

Der Seehafen Papenburg hatte sich mit der Meyer Werft einen Namen für den Bau von großen Kreuzfahrtschiffen gemacht. Aber er war auch am Markt ausgewiesen als regionaler Umschlagsplatz für Massen- und Massengüter wie Stammholz, Bioprodukte, Torf und Baustoffe. Darüber hinaus profitierte der Tourismus vom Hafen und der maritimen Wirtschaft in Papenburg: Jährlich wurden rund 1 Million Tagesbesucher

und über 300.000 Übernachtungen registriert, die den südlichsten Seehafen Niedersachsens für Werftbesichtigungen, Schiffsüberführungen oder Hafenrundfahrten ansteuerten. Der Schifffahrtstourismus könnte durch Bereitstellung weiterer attraktiver Liegeplätze für Freizeitskipper noch verbessert werden.

Zwar waren die Aussichten für eine Steigerung des Hafenumsatzes groß, gleichzeitig aber stiegen bei der Stadt die Kosten für den Hafenausbau und den Unterhalt. Diese Finanzmittel fehlten dann für andere städtische Aufgaben. Gemeinsame Anstrengungen von Bund, Land, Kreis und Hafenstädten wären notwendig, damit die Kosten des Schiffbarmachens der Ems und der Ems-Häfen nicht die Kommunen in ihrer Entwicklungsfähigkeit behindern. Es sollte auch die Möglichkeit des Baus einer Schleuse bei Gandersum erneut geprüft werden. Nach Auffassung der SPD-Ratsfraktion ließen sich nur durch die Schließung der Ems bei Gandersum die Probleme der Verschlickung der Ems-Häfen lösen.

September 2007



Kriminalrat Henning von Dincklage (zweiter von rechts) informierte die SPD-Politiker über den Dienstablauf beim Polizeikommissariat Papenburg. Foto: Ammermann

„Nicht jeder Aussiedler ist auch ein Straftäter“

SPD-Politiker diskutierten mit Papenburger Polizei / Alkohol ist Droge Nummer 1

Von Carsten Ammermann

PAPENBURG. Über die Jugendkriminalität, die Aussiedlerproblematik und die Präventionsarbeit der Polizei Papenburg informierten sich jetzt die SPD-Politiker Karin Stief-Kreihe (MdL), Peter Raske, Toni Schippmann und Ferdinand Saalfeld.

Kriminalrat Henning von Dincklage erläuterte zunächst die Strukturen des Kommissariates. Insgesamt sind 75 Beamte in Papenburg, Esterwegen, Dörpen und Rhede eingesetzt.

Der Kriminalrat machte deutlich, daß der Alkohol bei der Jugendkriminalität eine wichtige Rolle spiele. „Es wird Mode, Alkohol zu konsumieren. Trinken läuft bei vielen Jugendlichen nach dem Motto ab: 'Wer ist als erstes voll'“, führte von Dincklage aus.

Im Emsland wurden im vergangenen Jahr insgesamt 6639 tatverdächtige Personen ermittelt. Darunter 397 Kinder bis 14 Jahre sowie 989 Jugendliche. Auf Papenburg bezogen waren es 138 Kinder sowie 315 Jugendliche. „Wir verzeichnen zwar einen Anstieg bei der Jugendkriminalität. Doch der liegt deutlich unter dem des Landesdurchschnittes“, betonte von Dincklage.

Mit Aussiedlern habe die Papenburger Polizei keine große-

ren Probleme. Als Problemgruppe bei den Aussiedlern bezeichnete der Kriminalrat die Heranwachsenden. Diese Gruppe habe unter anderem Schul- und Ausbildungsprobleme. „Nicht jeder Aussiedler ist auch ein Straftäter“, warnte von Dincklage vor einer Vorverurteilung.

Zum Abschluß wies die Polizei auf die Schwerpunktaktionen hin, die seit dem Frühjahr in Papenburg durchgeführt werden. Unter anderem werden vermehrt Fußstreifen eingesetzt. Außerdem ist ein Kontaktbeamter fast täglich mit dem Rad in der Innenstadt unterwegs. „Wir suchen den Kontakt zum Bürger.“

Wecker 07.09.2007

Kreiseigene Sporthallen gebührenfrei nutzen?

SPD-Kreistagsfraktion sieht ihren Antrag bald umgesetzt

MEPPEN. Keine Entgelte für die außerschulische Nutzung von kreiseigenen Sporthallen: Dafür hatte sich ein Antrag der SPD-Kreistagsfraktion ausgesprochen. Genau dieses Verfahren schlägt jetzt die Kreisverwaltung vor – als Reaktion auf die vorliegende endgültige Fassung der Richtlinie des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport zur Förderung der Sanierung von Sportanlagen.

Die Richtlinie sieht vor, dass für die Dauer der Zweckbindungsfrist von 25 Jahren von gemeinnützigen Sportvereinen keine Nutzungsgebühren erhoben werden dür-

fen. „Die SPD-Kreistagsfraktion begrüßt den Verwaltungsvorschlag“, so Fraktionsmitglied Peter Raske in einer Pressemitteilung. „Wir kritisieren aber, dass er nur wegen der Förderrichtlinien des Landes umgesetzt wird, nicht wegen der Verantwortlichkeit des Landkreises für die Förderung des Breiten-sports.“

Die Einführung der Nutzungsentgelte im Jahr 2003 hätte lediglich Einnahmen in Höhe von jährlich rund 45 000 Euro erbracht, so Raske. Außerdem hätte keine einheitliche Regelung im Landkreis Emsland erzielt werden können. Auch der

Kreissportbund habe wiederholt auf die Abschaffung der Entgeltregelung gedrängt. Aus diesen Gründen habe sich die SPD schon früh dafür eingesetzt.

Raske weist auf einen ersten Bewilligungsbescheid des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport für die Sanierung der Turnhalle der Pestalozzischule in Papenburg hin. In den nächsten Jahren stünden weitere Sanierungsmaßnahmen an Kreissporthallen an. Hierfür wäre laut Raske eine Landesförderung in Höhe von zirka 1 bis 1,2 Millionen Euro möglich, sofern allen Förderanträgen entsprochen werde.

Ems-Zeitung 19.09.2007

Für Abschaffung der Sporthallennutzungsgebühr

Der Antrag der SPD Kreistagsfraktion, auf die Nutzungsentgelte für die außerschulische Nutzung von kreiseigenen Sporthallen zu verzichten, konnte endlich in der Kreistags-sitzung umgesetzt werden. Die nunmehr vorliegende endgültige Fassung der Förderrichtlinie des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport für geförderte Sportanlagen sah vor, dass für geförderte Sportanlagen für die Dauer einer Zweckbindungsfrist von 25 Jahren von gemeinnützigen Sportvereinen keine Benutzungsgebühren erhoben werden dürfen.

Die Einführung der Nutzungsentgelte im Jahre 2003 hatte nur Einnahmen in Höhe von jährlich rund 45.000 Euro erbracht. Außerdem konnte keine einheitliche Regelung im Landkreis Emsland erzielt werden, da die Entgeltregelung nicht von allen Kommunen umgesetzt wurde. Daneben hatte der Kreissportbund wiederholt auf die Abschaffung dieser Entgeltregelung

gedrängt. Deshalb hatte die SPD sich schon frühzeitig dafür eingesetzt, die Hallennutzungsgebühren abzuschaffen.

Zwischenzeitlich lag ein erster Bewilligungsbescheid des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport für die Sanierung der Turnhalle der Pestalozzischule in Papenburg vor. In den nächsten Jahren standen weitere Sanierungsmaßnahmen an Kreissporthallen an. Hierfür wäre eine Förderung aus dem Sportstätten-sanierungsprogramm des Landes in Höhe von ca. 1,0 bis 1,2 Mio. Euro möglich, sofern allen Förderanträgen entsprochen würde. Um diese Landeszuwendungen in Anspruch nehmen zu können, wurde von der Verwaltung vorgeschlagen, zum 01.08.2007 auf die Erhebung von Nutzungsentgelten zu verzichten. Die SPD-Kreistagsfraktion begrüßte diesen Vorschlag, kritisierte aber, dass er nur wegen der Förderrichtlinien des Landes und nicht wegen der Verantwortlichkeit des Landkreises für die Förderung des Breiten-sports umgesetzt wurde.

„Kultur ist nun einmal kein Massengeschäft“

Ausschuss beriet über Wirtschaftlichkeit des Theaters

abr **PAPENBURG.** Gut eine halbe Million Euro sind im Kulturhaushalt 2008 der Stadt Papenburg für den Bereich Theater- und Musikpflege veranschlagt. Die Mitglieder des Kulturausschusses stimmten dem Etatentwurf mit acht Ja bei zwei Nein-Stimmen mehrheitlich zu.

Voraussichtlich für rund 44500 Euro soll im kommenden Jahr neues Theaterinventar angeschafft werden. „Wir brauchen dringend ein neues Lichtstellpult: Das alte ist nicht mehr funktionsfähig, und Ersatzteile gibt es nicht mehr“, betonte Bühnenmeister Olaf Schulz. Die Kosten für ein neues Pult belaufen sich nach den Worten von stellvertretendem Kulturamtsleiter Marco Malorny auf etwa 9000 Euro.

Mittelfristig würden in der Stadthalle außerdem drei zusätzliche Elektro-Lastzüge zum Preis von etwa 33000 Euro benötigt, um Bühnenbilder optimal positionieren zu können. Auch eine Erneuerung der EDV-Anlage stehe demnächst an, Kostenpunkt: 2500 Euro.

Mit der Überprüfung der Auslastung des Theaters hatte sich der Arbeitskreis „Kleines Theater“ beschäftigt. „Wir haben festgestellt, dass die Räumlichkeiten in den vergangenen Jahren gut durch den Kulturkreis, das Hotel Alte Werft und viele Vereine genutzt wurden“, so Thomas Witolla (SPD). Kulturamtsleiter Dr. Rainer Krieger merkte an, dass man außerdem versucht habe, Laienspielgruppen für die Nutzung des Thea-



„Am Ems-Center“ soll der Straßenabschnitt vor dem Gebäude heißen. Foto: Brüggen

ters zu werben. Ein Problem sei jedoch, dass deren Kulissen auf einer großen Bühne nicht so gut wirkten und eine Lagerung der Kulissen nicht möglich sei. Einem Vorschlag von Ausschussmitglied Peter Raske (SPD), das Theater öfter als Übungsbühne für Tourneetheater zu nutzen, hielt Krieger entgegen, dass das Haus dann für 14 Tage für alle anderen Gruppen blockiert sei.

„Das Theater kann mit seinen 250 Plätzen nie wirtschaftlich sein, wenn man bedenkt, dass eine Vorstellung etwa 7000 bis 8000 Euro kostet“, erläuterte Krieger. Ziel sei es von Anfang an gewesen, die Bevölkerung stärker an Theaterbesuche heranzuführen. Man müsse das Haus jedoch auch in Verbindung mit der angrenzenden Stadthalle als Gesamtkomplex betrachten.

„Kultur ist nun einmal kein Massengeschäft“, so der stellvertretende Ausschussvorsitzende Carsten Schüler, der die

Sitzung leitete. Alle Fraktionen seien sich einig, dass trotz der Bestrebungen nach mehr Wirtschaftlichkeit die Erhaltung von Papenburg als Kulturmittelzentrum Priorität habe. Dennoch solle weiter nach Möglichkeiten gesucht werden, die Einnahmen zu erhöhen.

In weiteren Bereichen des Haushaltes gebe es nur geringe Korrekturen wegen gestiegener Strom-, Wasser- und Gaskosten, führte Malorny weiter aus. Beim Haus Altenkamp seien wegen des Ausfalls eines Sponsors für das kommende Jahr 16500 Euro mehr als in diesem Jahr veranschlagt. Die Ausweitung der Kunstschule Zinnober auf das Obenende solle mit 12000 Euro gefördert werden.

Ein weiterer Tagesordnungspunkt war die Benennung des Straßenabschnittes, der von der Straße Am Stadtpark abzweigt und an den Deverweg angrenzt. „Für die moderne Navigation ist es sehr wichtig, dass das Teilstück einen eigenen Namen bekommt“, erklärte Schüler. Der Vorschlag der Verwaltung, das Verbindungsstück „Am Ems-Center“ zu nennen, wurde schließlich mit acht Ja-Stimmen beschlossen. Raske: „Eine Benennung nach dem angrenzenden Gebäudekomplex bietet Ortsunkundigen Orientierung: Das Ems-Center ist auch über Papenburgs Grenzen hinaus bekannt.“ Vorschläge einer historisch gewachsenen Bezeichnung der Straße lehnte die Mehrheit der Ausschussmitglieder aus diesem Grund ab.